

Special Wissenschaft & Forschung

Adrian Csik: „Die Gründung des Europäischen Technologieinstituts soll angesichts der durch die Globalisierung radikal veränderten Rahmenbedingungen Europas Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft stärken“, erklärt der Mitarbeiter der Abteilung für Forschung und Politik im Wissenschaftsministerium.

Europas Forschungs Offensive

Manfred Lechner

economy: Steht bereits fest, wie das EIT, das Europäische Technologieinstitut, organisiert werden soll?

Adrian Csik: Herzstück dieser Forschungseinrichtung werden Wissens- und Innovationsgemeinschaften mit Schnittstellen zwischen Bildung, Forschung und Innovation sein. In unterschiedlichen Bereichen sollen sich Unternehmen, Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen projektbezogen miteinander vernetzen. Vorgesehen ist, dass diese Gemeinschaften für rund sieben bis 15 Jahre Bestand haben können und Teilnehmer aus Drittstaaten eingebunden sein müssen. In Einzelfällen ist auch eine längere Dauer vorstellbar.

Steckbrief



Adrian Csik ist Mitarbeiter der Abteilung Forschung und Politik im Wissenschaftsministerium. F.: bmwf

Wurde bereits über den Standort des Verwaltungssitzes entschieden?

Ungarn, Polen und Österreich haben ihr Interesse bekundet, finanzielle Mittel und Infrastruktur dafür zur Verfügung zu stellen. Wir befinden uns im Planungsstadium, eine EU-weite Ausschreibung kann erst dann erfolgen, wenn die Verordnung beschlossen ist.

Wann soll der Beschluss gefasst werden, und wie lange wird bereits an der Realisierung gearbeitet?

Geplant ist, dass dies im Herbst dieses Jahres erfolgen soll. Unter der derzeitigen deutschen Präsidentschaft soll bis Ende Juni im Rat eine Einigung erzielt werden. Während der folgenden portugiesischen Präsidentschaft soll das Europäische Parlament an Bord geholt werden. Vorgelegt wurde der Vorschlag für diese Verordnung im vergangenen Oktober von der Europäischen Kommission.

Was geschah bisher?

Die Mitgliedstaaten starteten nationale Konsultationsverfahren. In Österreich wurde dieses von unserer Abteilung unter Einbindung der Universitäten, Fachhochschulen, des Forschungsförderungs fonds und der Forschungsförderungs gesellschaft, der Wirtschaft und Forscher durchgeführt. Die Ergebnisse flossen in die vom Wis-



Forschungsförderung schafft Rahmenbedingungen, die die europäische Standortqualität sichern und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen. Foto: Photos.com

senschaftsministerium erstellte „Österreichische Grundsatzposition“ ein.

Welche Eckpfeiler finden sich in der Grundsatzposition?

Grundsätzlich musste zuerst die Frage gelöst werden, ob das EIT mehr als Netzwerk oder als eine mit einem festen Sitz verbundene Organisation gestaltet werden soll. Sowohl

die Kommission als auch die Mitgliedstaaten einschließlich Österreich erachten einen Sitz für die Administration zwar als notwendig, doch den operativen Kern sollen die Wissens- und Innovationsgemeinschaften bilden.

Kamen seitens der EU Vorgaben, die Forschungsschwerpunkte zu definieren?

Sie kamen, doch stellt sich die Frage, ob dies sinnvoll ist. Die österreichische Haltung ist, dass nichts dergleichen in diese Verordnung hineingenommen wird. Wissenschaftler und Wirtschaft sollen festlegen, in welche Richtung Forschung gehen soll. Unsere Position ist, dass größtmögliche Unabhängigkeit gewährleistet sein soll.

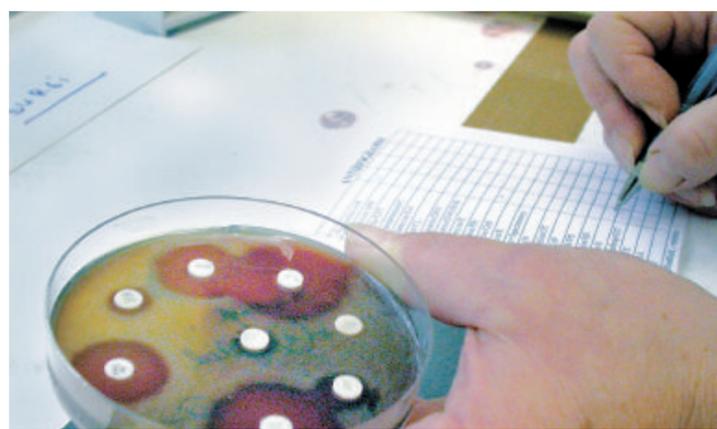
www.bmwf.gv.at

Wissenschaftliche Kreativität ist gefragt

Grundlagenforscher benötigen für das Finden neuer Erkenntnisse ein ausreichend großes Zeitbudget.

„Neu ist, dass der Europäische Forschungsrat (*European Research Council, ERC, Anm.*) eine EU-Institution ist, die erstmals ausschließlich Grundlagenforschung fördert“, erklärt Helga Nowotny, ERC-Vizepräsidentin und emeritierte Professorin der ETH Zürich. In den nächsten sieben Jahren stehen dafür insgesamt 7,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Im Unterschied zu den Rahmenprogrammen, deren Forschungsschwerpunkte unter Einflussnahme des Europäischen Parlaments definiert werden, wird der ERC von Wissenschaftlern gemanagt. Nowotny: „Es gibt keine Vorgaben, es geht um gute Ideen.“

Notwendig wurde Förderung für Grundlagenforschung deshalb, da als Folge der Globalisierung Unternehmen immer



Länder, die Grundlagenforschung fördern, tragen dadurch auch zur Hebung des Ausbildungsniveaus bei. Foto: Bilderbox.com

weniger Grundlagenforschung betreiben. „Die schwedische Industrie sourcte beispielsweise Teile ihrer Grundlagenforschung nach Indien aus“, so No-

wotny. Vor allem die nordischen Länder litten bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts unter einer massiven Ausdünnung. Dies war einerseits auf das Out-

sourcing und andererseits auf die stagnierenden Universitätsbudgets zurückzuführen.

Infrastrukturschwund

„Aus der Befürchtung heraus, auf Dauer nicht mehr die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen zu können, starteten die nordischen Staaten im Jahr 2002 eine EU-weite politische Initiative, die in letzter Folge zur Gründung des ERC führte“, erklärt Nowotny.

Der Nutzen von Grundlagenforschung lässt sich nur indirekt berechnen. „Einzig gesicherte Tatsache ist“, weiß Nowotny, „dass Länder, die diese nicht fördern, ein schlechteres Wirtschaftswachstum aufweisen.“ Förderungen sind aber auch deshalb wichtig, um dem derzeitigen Trend zur Privatisie-

rung von Wissen entgegenzuwirken. „Grundlagenforschung wirkt sich auch auf die Qualität der Absolventen aus“, stellt Nowotny fest, „denn nur so bekommt die Industrie Berufseinsteiger, die sich topausgebildet auf dem letzten Stand des Wissens befinden.“ *malech*

<http://erc.europa.eu>

Die Serie erscheint mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

Teil 11

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei *economy*.
Redaktion: Ernst Brandstetter
Der zwölfte Teil erscheint am 22. Juni 2007.